

Hans-Georg Geyer: Gedanken zum 17. Juni [1967]

(masch.schriftl. Manuskript in AEKR, Best. 2LR 045, Nr. 355; die kursiven Passagen wurden im Wuppertaler Generalanzeiger vom 15.6.1967 nicht abgedruckt)

„Am 17.Juni 1953 wurde im Osten Deutschlands der Aufstand gegen das kommunistische System geprobt. Unter dem Druck der sowjetrussischen Armee brach er zusammen. Als ein Tag des Gedenkens und der Besinnung auf die Aufgabe der nationalen Einheit ist der 17. Juni damals im Westen Deutschlands beschlossen und als Feiertag angeordnet worden. *(In den vierzehn Jahren danach ist die Vorstellung von einer Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands in der Form, dass die DDR wie eine zeitweise abgetrennte Provinz der Bundesrepublik wieder angeschlossen wird, im Zug der weltpolitischen Entwicklung zusammengebrochen. In denselben vierzehn Jahren ist aber auch der 17. Juni als politischer Gedenktag bei uns mehr und mehr zu einem Tag peinlicher Verlegenheit geworden; er hat uns einerseits Festreden voller Beteuerungen ohne politische Realität gebracht und andererseits eine Arbeitspause, die man zunehmend nur noch privat genießt.)* Der 17. Juni hat eine Geschichte der wachsenden Sinnentleerung hinter sich. Denn die lautstarke Behauptung der Unteilbarkeit Deutschlands kann angesichts der seit mehr als zwanzig Jahren bestehenden Teilung und der außen- wie innenpolitisch gegensätzlichen Entwicklung der beiden deutschen Teilstaaten auch bei viel gutem Willen nicht mehr als Dokumentation politischer Weisheit und Entschlossenheit verstanden werden; und dass die fortschreitende Privatisierung dieses Tages, indem er als Gelegenheit zum Ausflug ins Grüne kräftig genutzt wird, dem politischen Sinn entspricht, den dieser Tag meinen sollte, kann ernstlich niemand behaupten. Unter den Aspekten, unter denen er einst beschlossen wurde, kann man ihn schwerlich mit gutem Gewissen weiter feiern. Mit der lange hinausgezögerten, aber nun doch endlich erfolgten Antwort des Bundeskanzlers an den Vorsitzenden des Ministerrats in der DDR¹ ist es auch in der offiziellen deutschen Politik aktenkundig, dass die Politik des Ignorierens und Totschweigens oder Totredens nicht weiter gehen kann. *(Ein Anfang ist gemacht; zwar weiß noch niemand, wie die Fortsetzung aussehen wird. Aber die Hoffnung ist geweckt, dass die Dinge in Fluss geraten und Wege erschlossen werden, die zu einer schrittweisen Überwindung der gegenseitigen Isolierung führen.)*

¹ Anspielung auf den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph von Mai-Juni 1967.

Weniger denn je kann der 17. Juni ein Tag der politischen Unverbindlichkeit und Gleichgültigkeit bleiben; er müsste zu einem Tag der politischen Nüchternheit werden. Nicht erst heute ist in Betrieben, Schulen und Hochschulen diskutiert worden, ob es nicht sinnvoller sei, an diesem Tag zu arbeiten, zu lehren und zu lernen, um der Sinnentleerung dieses Tages entgegenzuwirken und durch die alltägliche Arbeit jenen Geist der wachen Nüchternheit zu dokumentieren und zu wecken, dessen es in der deutschen Politik bedarf. *(Es gehört zum Wesen der Demokratie, dass politische Vernunft und politischer Wille nicht nur die Sache der Berufspolitiker sein können, sondern Sache eines jeden Staatsbürgers sein müssen. Es ist der Tod der Demokratie, wenn ihre Bürger sich nur noch verwalten lassen. Darum ist es die Pflicht ihrer Bürger, an der politischen Bewusstseins- und Willensbildung in ihrem demokratischen Staatswesen mitzuwirken. Wenn es die "deutsche Frage" für uns noch gibt - und nur wenn es sie für uns Deutsche noch als eine dringende Frage gibt, gibt es sie auch noch im Prozess der Weltpolitik - dann haben wir alle in dieser Frage mit Vorrang die Pflicht zur politischen Urteilsbildung und Urteilsfindung in freier Diskussion.)*

In diesen Rahmen gehören auch die Überlegungen der Studenten unserer kirchlichen Hochschule zum 17. Juni; ihre Bitte, die Möglichkeit zum Besuch von Vorlesungen und Übungen an diesem Tag zu schaffen,² will als ein Zeichen und Appell verstanden werden, die "deutsche Frage" als das Thema des 17. Juni, statt sie im Nichtstun zu vergessen, mit derselben Nüchternheit und Sachlichkeit zu bedenken und zu diskutieren, mit der die tägliche Arbeit von Lehrenden und Lernenden an einer Hochschule geleistet werden muss. Hier werden keine Meinungen aufgezwungen, sondern die uneingeschränkte Freiheit auf Seiten der Studenten wie der Dozenten, den 17. Juni als einen Tag der gemeinsamen Arbeit oder in anderer Form wahrzunehmen, bildet die bleibende Voraussetzung und den geistigen Raum, in dem die Meinungen hervortreten können, die in offener Diskussion zu einem politischen Urteil reifen müssen. Denn des politischen Urteils bedürfen wir alle in der deutschen Frage, nicht aber hilfloser Deklamation und hohltönender Festreden. Denken ist das Gebot der Stunde auch und nicht zuletzt in der deutschen Frage: ein nüchternes und dennoch nicht einfallloses Denken, das in Freiheit das nötige Urteil findet. Ein Zeichen dieser Freiheit ist auch die freie Gelegenheit zur Arbeit an unserer Hochschule am 17. Juni 1967. *(Die Freiheit sollte uns allen etwas wert sein - warum nicht*

² Der 17. Juni 1967 fiel auf einen Samstag. Für diesen Wochentag waren gemäß Stundenplan vier Veranstaltungen von 8:00 Uhr bis 12:00 Uhr angesetzt, s. Archiv der EKIR, Best. 2LR 045, Nr. 4447 (Vorlesungsverzeichnis Sommersemester 1967).

die ernste Arbeit des Lehrens und Lernens? Die Freiheit muss uns allen teuer bleiben - gerade in diesem Teil unseres Landes, gerade an diesem Tag.)“